
John F. Kennedy, Rundfunk- und Fernsehrede an das amerikanische Volk zur Berlin-Krise, 25. Juli 1961

Zusammenfassung

Mit seiner Rede vom 25. Juli 1961 versuchte der amerikanische Präsident John F. Kennedy den beim und nach dem Wiener Gipfeltreffen mit Nikita Chruschtschow Anfang Juni entstandenen Eindruck zu widerlegen, er sei den ultimativen Forderungen des sowjetischen Staatschefs in Bezug auf Berlin nicht deutlich genug entgegengetreten. Kennedy erklärte Berlin zum "Prüfstein" für die Glaubwürdigkeit des Westens im Kalten Krieg und nannte drei sogenannte "Essentials", deren Verletzung militärische Konsequenzen haben würde: die Besatzungsrechte der Alliierten in West-Berlin, der freie Zugang nach West-Berlin und die Freiheit der West-Berliner. Die Schließung der Sektorengrenze und der darauf folgende Bau der Berliner Mauer tasteten aus Sicht der Kennedy-Regierung die drei Essentials nicht an, da diese sich explizit auf den Westteil der Stadt bezogen. Das erklärt auch die verhaltene Reaktion der Amerikaner auf die Ereignisse Mitte August 1961.

Einleitung

Berlin stand während des Kalten Krieges mehrfach im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die große symbolische Bedeutung Berlins hing zusammen mit dem besonderen Status der geteilten Stadt, ihrer Lage mitten im Territorium der DDR sowie mit dem Versuch beider Seiten, hier die Überlegenheit des jeweiligen Systems zu demonstrieren. Mit seinem Ultimatum von November 1958 löste der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow eine schwere Berlin-Krise aus. Das Verhältnis der Großmächte verschlechterte sich noch, als am 1. Mai 1960 ein amerikanisches U2-Spionageflugzeug über sowjetischem Territorium abgeschossen wurde. Das geplante Gipfeltreffen zwischen Chruschtschow und US-Präsident Dwight D. Eisenhower wurde abgesagt.

In der Hoffnung, den Dialog wieder in Gang bringen zu können, schlug John F. Kennedy Ende Februar 1961, nur einen Monat nach Amtsantritt, seinem sowjetischen Gegenpart eine persönliche Begegnung vor. Doch erst nachdem die USA Anfang April mit dem fehlgeschlagenen Invasionsversuch in der kubanischen Schweinebucht eine empfindliche Niederlage erlitten hatten, beantwortete Chruschtschow die Anfrage positiv. Aus seiner Sicht hatte der noch unerfahrene amerikanische Präsident Schwäche gezeigt, was der sowjetische Parteichef beim Gipfeltreffen am 3. und 4. Juni in Wien für seine Berlinpolitik ausnutzen wollte. Das Ultimatum von 1958 hatte noch keine Verbesserungen gebracht. Die Position der ostdeutschen Regierung wurde immer schwächer, die Unzufriedenheit im Land wuchs. Ingenieure und Ärzte verließen die DDR in Scharen durch das Schlupfloch West-Berlin, um lukrative Jobs in der Bundesrepublik anzunehmen.

Kennedy hatte zwar damit gerechnet, daß Chruschtschow in Wien seine Entschlossenheit testen würde, doch dessen Härte in Bezug auf Berlin schockierte ihn. Chruschtschow verlangte, Berlin den Status einer entmilitarisierten "Freien Stadt"

zu geben. Sollte das nicht innerhalb eines halben Jahres geschehen, werde man einen separaten Friedensvertrag mit der DDR schließen, was gleichzeitig das Ende der Besatzungsrechte der Alliierten in West-Berlin bedeuten würde. Einen Verhandlungsspielraum gebe es nicht, und die Sowjetunion werde bei einer Bedrohung auch vor militärischen Mitteln nicht zurückschrecken. Kennedy versuchte klarzustellen, daß für seine Regierung ein solches Ultimatum inakzeptabel sei. Die beiden Führer der Weltmächte USA und Sowjetunion verließen die österreichische Hauptstadt mit gegenseitigen Drohungen. Chruschtschow stellte sich in der Öffentlichkeit als Sieger dar und ließ am 10. Juni 1961 seine Forderungen veröffentlichen. Die Kennedy-Administration bemühte sich, den Eindruck zu zerstreuen, der Präsident habe sich von dem sowjetischen Parteichef einschüchtern lassen.

Kennedy entschied sich wie oftmals bei größeren innen- oder außenpolitischen Problemen während seiner Amtszeit, sich mit einer Rede direkt ans amerikanische Volk zu wenden. Die am 25. Juli 1961 von Fernsehen und Radio live ausgestrahlte 30-minütige Rede war das Ergebnis mehrmonatiger Diskussionen über die künftige amerikanische Deutschland- und Berlin-Politik, die lange vor dem Gipfeltreffen begonnen hatten. Mehrfach betonte Kennedy das Recht der Vereinigten Staaten in Berlin präsent zu sein, was auch durch von der Sowjetunion unterzeichnete Abkommen immer wieder anerkannt worden sei. In drei Punkten sei die amerikanische Seite zu keinerlei Kompromissen bereit. Dabei handelte es sich um die Besatzungsrechte der Alliierten in West-Berlin, den freien Zugang nach West-Berlin sowie die Freiheit der West-Berliner. Eine Verletzung dieser sogenannten "Essentials" durch die Sowjetunion wäre ein Kriegsgrund, warnte Kennedy. "We cannot and will not permit the Communists to drive us out of Berlin, either gradually or by force." ("Wir können und werden nicht zulassen, daß die Kommunisten uns aus Berlin vertreiben, sei es nach und nach oder durch einen Gewaltstreich.")

In Berlin drohe die momentan größte Gefahr durch den Kommunismus, so der US-Präsident, doch die Bedrohung bestehe weltweit. Kennedy verwies mehrfach auf das Schutzversprechen der Vereinigten Staaten, die Verpflichtung, die man eingegangen sei, das Versprechen, das man den Berlinern gegeben habe sowie auf den Glauben und das Vertrauen der gesamten freien Welt in die westliche Führungsmacht. Damit wollte er den Amerikanern verständlich machen, warum es so wichtig war, in diesem Falle hart zu bleiben. In Berlin stand für die Kennedy-Regierung die internationale Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten auf dem Spiel. West-Berlin sei nicht nur ein Symbol der Freiheit, ein Hoffnungsstrahl hinter dem Eisernen Vorhang. "But above all it has now become – as never before – the great testing place of Western courage and will." ("Aber über all das hinaus ist es nun, mehr als je zuvor, zum großen Prüfstein für den Mut und Willen des Westens geworden.") Ein Angriff auf die Stadt, so der Präsident, wäre ein Angriff auf den Westen.

Um für einen möglichen Konfliktfall in Berlin oder anderswo gerüstet zu sein, forderte Kennedy vom Kongreß zusätzliche Mittel. Zwar hatte er in seiner noch kurzen Amtszeit bereits eine deutliche Erhöhung des Militäretats durchsetzen können, doch nun verlangte er mit Blick auf die aktuelle Bedrohung weitere 3,2 Milliarden Dollar, um neue Waffen, eine Erhöhung der Truppenstärke um über 200.000 Mann und die Verdreifachung der Einberufungen finanzieren zu können. Daß darüber hinaus 200 Millionen Dollar für den Zivilschutz – etwa zum Bau von Atombunkern – ausgegeben werden sollten, machte deutlich, daß ein Krieg auch auf amerikanischem Boden nicht völlig ausgeschlossen wurde.

Kennedys alarmistische Sprache war kaum dazu angetan, den Konflikt zu entschärfen. In der Sowjetunion wurde seine Rede mit Entsetzen aufgenommen. Chruschtschow sprach gegenüber einem amerikanischen Besucher davon, daß sie fast so etwas wie eine Kriegserklärung darstelle. Ein während des amerikanischen Wahlkampfes 1960 erstelltes Profil von John F. Kennedy hätte ihm jedoch als Warnung dienen können: Was Berlin angehe, so die Analyse der sowjetischen Botschaft in Washington, sei der Demokratische Präsidentschaftskandidat kriegerisch eingestellt und würde eher einen Atomkrieg führen, als aus Berlin abzuziehen. Kennedy wußte in dieser Frage die Öffentlichkeit hinter sich. In Meinungsumfragen sprachen sich 85 Prozent der Amerikaner für den Verbleib der US-Truppen in West-Berlin aus, selbst wenn dies Krieg bedeuten würde. 67 Prozent befürworteten einen Militäreinsatz, falls die Kommunisten die Zugänge in die Stadt sperren sollten. Nur 16 Prozent waren dagegen. Später veröffentlichte geheime militärische Planungen zeigen, daß die USA als letztes Mittel in einem Krieg um Berlin sogar den Einsatz von Atomwaffen erwogen.

Besonders in der Bundesrepublik wurde genau registriert, daß der amerikanische Präsident in seiner Rede explizit und mehr als ein Dutzend Mal von WEST-Berlin gesprochen hatte. Das war schon zuvor der interne Sprachgebrauch der amerikanischen Seite gewesen, doch aus dem Munde Kennedys in dieser wichtigen Rede war es ein deutliches Signal, daß es den Amerikanern nicht mehr um die ganze Stadt Berlin ging. Viele Ostdeutsche interpretierten dies auf ihre Weise: Nachdem bereits infolge des Wiener Gipfeltreffens die Zahl der Menschen, die die DDR in Richtung West-Berlin verließen, auf 20.000 pro Woche gestiegen war, erhöhte sich diese Zahl nach der Kennedy-Rede noch einmal. Das wiederum vergrößerte den Druck auf die Regierung der DDR, die bereits angedachten Maßnahmen zur Schließung der Sektorengrenze umzusetzen. In den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 begannen Angehörige von Volkspolizei und Nationaler Volksarmee sowie Mitglieder von Betriebskampfgruppen mit der Abriegelung West-Berlins, blockierten Zufahrtsstraßen nach Ost-Berlin und unterbrachen den S- und U-Bahnverkehr.

Aus Washingtoner Sicht blieben die Ereignisse nach dem 13. August im Rahmen dessen, was man zu akzeptieren bereit war und schon zuvor im Bereich des Möglichen gesehen hatte. Die drei von Kennedy aufgestellten Essentials waren durch die Abriegelung der Sektorengrenze nicht verletzt worden. Zwar wurde eine Mauer um West-Berlin gebaut, doch streng genommen wurde nur den DDR-Bürgern die Freiheit genommen.

Doch die Kennedy-Administration hatte die Wirkung der Ereignisse auf die West-Berliner unterschätzt. Wegen der Duldung des Mauerbaus durch die Westmächte drohte eine schwere Glaubwürdigkeitskrise. Kennedy schickte Vizepräsident Lyndon B. Johnson und den Luftbrücken-Helden Lucius D. Clay nach West-Berlin, um die Bürger der amerikanischen Solidarität zu versichern. Hunderttausende feierten seine beiden Emissäre bei der Fahrt durch die Stadt – nur Kennedy selbst wurde knapp zwei Jahre später noch begeisterter empfangen. Als Höhepunkt ihres Aufenthaltes begrüßten Johnson und Clay am 20. August an der Sektorengrenze 1500 aus dem westdeutschen Helmstedt nach Berlin beorderte US-Soldaten. Deren Ankunft war der Beweis, daß der Zugang nach West-Berlin für die Alliierten weiterhin offen war. Der Kommandeur fühlte sich angesichts des Empfangs durch die West-Berliner an die Begeisterung bei der Befreiung Frankreichs im Zweiten Weltkrieg erinnert, schrieb die Berliner US-Mission nach Washington. Mit einem Griff in die Trickkiste der symbolischen Politik war es Kennedy gelungen, das Vertrauen in die amerikanische Schutzmacht wieder herzustellen.

Mitte Oktober spitzte sich die Lage noch einmal dramatisch zu. Zunächst waren Amerikaner in Zivil, dann auch eindeutig als Militärangehörige identifizierbare Personen von DDR-Grenzsoldaten gezwungen worden, sich bei der Fahrt in den Ostteil der Stadt auszuweisen. Das verstieß gegen bestehende Abkommen. Und weil diesmal eines der drei Essentials berührt war, fiel die amerikanische Reaktion weit schärfer aus als beim Mauerbau, der aus Sicht der Berliner ein viel gravierenderes Ereignis darstellte. Der Konflikt eskalierte, bis sich am 27. und 28. Oktober sogar für 16 Stunden russische und amerikanische Panzer am Grenzübergang Checkpoint Charlie gegenüberstanden. Über einen Sondervermittler entschärften Kennedy und Chruschtschow schließlich die Situation.

Insgesamt bedeutete der Mauerbau aus amerikanischer Sicht zwar keine wirkliche Lösung des Berlinproblems, aber doch ein vorläufiges Ende der Krise, auch weil man nicht mehr den Einmarsch russischer Truppen in West-Berlin befürchtete. Die nun einsetzende relative Stabilisierung der DDR geschah nicht ohne Gesichtsverlust für den Osten, der seiner unwilligen Bürger nur durch Zwangsmaßnahmen Herr werden konnte. Durchaus selbstkritisch diskutierten Kennedys Berater später, ob es eine Alternative zu der weitgehend symbolischen Reaktion auf den Mauerbau gegeben hätte. Es herrschte Konsens darüber, daß dies nur bei Gefahr eines Krieges möglich gewesen wäre. Ein militärisches Eingreifen hatte jedoch niemand ernsthaft in Erwägung gezogen.

Andreas Etges

Quellen- und Literaturhinweise

Beschloss, M., Powergame. Kennedy und Chruschtschow. Die Krisenjahre 1960-1963, Düsseldorf 1991.

Biermann, H., John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Paderborn 1997.

Daum, A., Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg, Paderborn 2003.

Etges, A., John F. Kennedy, München 2003.

Foreign Relations of the United States, 1961-1963, Bd. 14: Berlin Crisis, 1961-1962, Washington 1993.

Foreign Relations of the United States, 1961-1963, Bd. 15: Berlin Crisis, 1962-1963, Washington 1994.

Freedman, L., Kennedy's Wars. Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam, New York 2000.

Kennedy, J.F., Dämme gegen die Flut. Reden und Erklärungen, Frankfurt a.M. 1964, S. 149-156.

Sommer, M., Lindinger, M. (Hg.), Die Augen der Welt auf Wien gerichtet: Gipfel 1961 Chruschtschow-Kennedy, Wien 2005.

Public Papers of the Presidents of the United States: John F. Kennedy, 1961, Washington 1962, S. 533-540.

Steiniger, R., Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, München 2001.

Zubok, V.M., Pleshakow, C., Inside the Kremlin's Cold War: From Stalin to Khrushchev, Cambridge, Mass. 1996.

Heute nacht sind es sieben Wochen her, daß ich von Europa zurückgekehrt bin und Ihnen über mein Treffen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruš#ev und den anderen berichtete.

Seine düsteren Warnungen in bezug auf die Zukunft der Welt, sein Aide-mémoire zu Berlin, die späteren Reden und die Drohungen, die von ihm und seinen Beauftragten

ausgingen, sowie die von ihm verkündete Erhöhung des sowjetischen Militärbudgets, dies alles hat zu einer Reihe von Entscheidungen seitens der amerikanischen Regierung und zu einer Reihe von Konsultationen mit den Mitgliedern der NATO geführt.

In Berlin will er – wie Sie sich erinnern – durch einen Federstrich erstens unsere legalen Rechte auf Anwesenheit in Westberlin aufheben und zweitens uns die Möglichkeit nehmen, unsere Verpflichtungen gegenüber den zwei Millionen Einwohnern dieser Stadt zu erfüllen. Das können wir nicht zulassen.

Wir sind uns darüber im klaren, was getan werden muß – und wir werden dies tun. Ich möchte mit Ihnen heute abend offen über die ersten Schritte sprechen, die wir ergreifen werden. Diese Maßnahmen werden Opfer von vielen Bürgern fordern, und die Zukunft wird in dieser Hinsicht noch mehr verlangen. Sie wird von uns allen Mut und Beharrlichkeit in den kommenden Jahren fordern.

Wenn wir und unsere Verbündeten jedoch aus Stärke und Einheit der Zielsetzung heraus handeln - mit ruhiger Entschlossenheit und starken Nerven – mit unseren Worten und unseren Waffen Zurückhaltung ühend –, dann habe ich die Hoffnung, daß sowohl Friede wie Freiheit erhalten werden.

Die unmittelbare Bedrohung der freien Menschen liegt in Westberlin. Aber dieser isolierte Vorposten ist kein isoliertes Problem.

Die Bedrohung ist weltumfassend. Unsere Anstrengung muß gleichermaßen umfassend und stark sein und nicht von einer einzelnen angezettelten Krise allein beherrscht. Wir sehen uns einer Bewährungsprobe in Berlin gegenüber. Aber auch in Südostasien, wo die Grenzen weniger bewacht sind und der Feind schwerer auszumachen ist und die Gefahren des Kommunismus denen, die so wenig ihr eigen nennen, oft weniger in die Augen fällt, müssen wir eine solche Herausforderung bestehen. Wir sehen uns in unserer eigenen Hemisphäre, ja wo immer sonst die Freiheit der Menschen auf dem Spiel steht, einer derartigen Herausforderung gegenüber.

Lassen Sie mich Sie daran erinnern, daß das Geschick des Krieges und der Diplomatie die freie Bevölkerung Westberlins im Jahre 1945 110 Meilen hinter dem Eisernen Vorhang ließ. Aus dieser Karte wird das Problem, dem wir uns gegenübersehen, sehr klar. Hier liegt Westdeutschland und im Osten das von der Sowjetunion kontrollierte Gebiet. Wie Sie aus der Karte ersehen können, liegt Westberlin 110 Meilen in dem Gebiet, das die Sowjets jetzt beherrschen und das unter unmittelbarer Kontrolle des sogenannten ostdeutschen Regimes steht. Unsere Anwesenheit hier ist ein Resultat unseres Sieges über Nazideutschland – und zu unseren Grundrechten, dort zu sein, die aus diesem Sieg stammen, gehört sowohl unsere Anwesenheit in Westberlin wie auch die Wahrnehmung des Rechtes auf Zugang durch Ostdeutschland.

Diese Rechte sind wiederholt in besonderen Abkommen mit der Sowjetunion bestätigt und anerkannt worden. Berlin ist nicht ein Teil Ostdeutschlands, sondern ein separates Gebiet unter der Kontrolle der alliierten Mächte. Somit sind unsere diesbezüglichen Rechte klar definiert und tief verwurzelt. Aber zu diesen Rechten kommt noch unsere Verpflichtung hinzu, mehr als zwei Millionen Menschen die Selbstbestimmung ihrer Zukunft und die freie Wahl ihrer Lebensform zu gewährleisten – und diese Möglichkeit notfalls zu verteidigen.

Deshalb kann unserer Anwesenheit in Westberlin und unserem Zugang zu dieser Stadt nicht durch irgendwelche Handlungen der Sowjetregierung ein Ende gesetzt werden. Schon vor langer Zeit wurde Westberlin unter die Obhut des NATO-Schildes genommen, und wir haben unser Wort gegeben, daß wir jeden Angriff auf diese Stadt als einen gegen uns alle gerichteten Angriff betrachten werden.

Denn Westberlin – in seiner exponierten Lage 110 Meilen inmitten Ostdeutschlands, umgeben von sowjetischen Truppen und dicht an den sowjetischen Versorgungslinien – spielt eine vielgestaltige Rolle. Es ist mehr als ein Schaufenster der Freiheit, ein Symbol, eine Insel der Freiheit inmitten der kommunistischen Flut. Es ist noch weit mehr als ein Bindeglied zur freien Welt, ein Leuchtfener der Hoffnung hinter dem Eisernen Vorhang und ein Schlupfloch für die Flüchtlinge.

Westberlin ist all das. Aber darüber hinaus ist es jetzt – mehr denn je zuvor – zu dem großen Prüfstein für den Mut und die Willensstärke des Westens geworden, zu einem Brennpunkt, in dem unsere feierlichen, durch all die Jahre bis 1945 zurückreichenden Verpflichtungen jetzt mit den sowjetischen Ambitionen in grundsätzlicher Gegenüberstellung zusammentreffen.

Es wäre ein Fehler, wenn andere Berlin – seiner Lage wegen – als ein verlockendes Ziel ansähen. Die Vereinigten Staaten sind dort und Großbritannien und Frankreich ebenfalls, da ist ferner die Bürgerschaft der NATO – und die Bevölkerung Berlins selbst. Es ist in diesem Sinne genauso sicher wie wir alle – denn wir können seine Sicherheit nicht von unserer eigenen trennen.

Ich habe sagen hören, Westberlin sei militärisch nicht zu halten. Dies war Bastogne auch und in der Tat auch Stalingrad. Jede gefährliche Position ist zu halten, wenn tapfere Männer dafür einstehen.

Wir wollen den Kampf nicht – aber wir haben schon gekämpft. Und andere haben in zurückliegenden Zeiten den gleichen gefährlichen Fehler gemacht, anzunehmen, der Westen sei zu selbstsüchtig, zu weich und gespalten, um Angriffen auf die Freiheit in anderen Ländern zu widerstehen. Diejenigen, die jetzt damit drohen, die Kräfte des Kriegs wegen eines Streits um Westberlin zu entfesseln, sollten sich an die Worte des klassischen Philosophen erinnern, der sagte: "Ein Mann, der Furcht hervorruft, kann selbst nicht frei von Furcht sein."

Wir können und werden es nicht zulassen, daß die Kommunisten uns – sei es allmählich oder mit Gewalt – aus Berlin treiben. Denn die Erfüllung unseres dieser Stadt gegebenen Versprechens ist für die Moral und Sicherheit Westdeutschlands, für die Einheit Westeuropas und das Vertrauen der gesamten freien Welt wesentlich. Die sowjetische Strategie hat seit langem schon nicht nur auf Berlin abgezielt, sondern auf die Teilung und Neutralisierung ganz Europas, um uns an unsere eigenen Küsten zurückzuwerfen. Wir müssen unser der freien Bevölkerung Westberlins gegebenes und oft wiederholtes Versprechen halten und unsere Rechte und ihre Sicherheit selbst angesichts von Gewalt bewahren, um das Vertrauen der anderen freien Völker in unser Wort und unsere Entschlossenheit nicht zu verlieren. Die Stärke der Allianz, von der unsere Sicherheit abhängt, ist wiederum von unserer Bereitschaft abhängig, unseren Verpflichtungen ihnen gegenüber nachzukommen.

Solange die Kommunisten erklären, daß sie Vorbereitungen treffen, um unsere Rechte in Westberlin und unsere Verpflichtungen gegenüber seiner Bevölkerung einseitig aufzuheben, müssen wir darauf vorbereitet sein, diese Rechte und diese Verpflichtungen zu verteidigen. Wir werden zu allen Zeiten zu Gesprächen bereit sein, wenn Gespräche nützen. Aber wir müssen genauso bereit sein, der Gewalt Widerstand zu leisten, wenn uns gegenüber Gewalt angewendet wird. Eines allein würde vergeblich sein; zusammen kann dies der Sache des Friedens und der Freiheit nutzen.

Die neuen Vorbereitungen, die wir zur Verteidigung des Friedens treffen werden, sind Teil des langfristigen Aufbaus unserer Stärke, der bereits seit Januar im Gange ist. Sie gründen sich auf der Notwendigkeit, einer weltweiten Bedrohung zu begegnen – auf einer Basis, die weit über die gegenwärtige Berlin-Krise hinaus reicht. Unser Hauptziel ist weder Propaganda noch Provokation – sondern Bereitsein.

Das erste Erfordernis besteht darin, den Fortschritt in Richtung auf die militärischen Ziele zu beschleunigen, die sich die Nordatlantikpaktorganisation selbst gesetzt hat. Weniger wird in Europa heute nicht mehr ausreichen. Wir werden vielmehr noch größere Hilfsquellen für die Erreichung dieser Ziele bereitstellen, und wir erwarten von unseren Verbündeten, daß sie das gleiche tun.

Die zusätzlichen Verteidigungsanstrengungen, um die ich den Kongreß im März und Mai ersuchte, haben uns auf dem Wege zu diesen und unseren anderen Verteidigungszielen bereits ein Stück vorangebracht. Sie umfaßten die Vergrößerung des Marinekorps, die Erhöhung der Einsatzbereitschaft unserer Reserven, die Erweiterung unserer Luft- und Seetransportkapazität sowie die beschleunigte Beschaffung von Waffen, Munition und anderen Gegenständen. Um unsere unangreifbare Fähigkeit zu Abschreckung beziehungsweise Vernichtung jedes Aggressors ständig sicherzustellen, sahen sie die Verstärkung unserer Raketenwaffe vor sowie die Bereitstellung von 50 Prozent unserer B-52- und B-47-Bomber für den sofortigen Einsatz, so daß sie im Alarmfalle binnen 15 Minuten von ihren Bereitstellungsplätzen aufsteigen können.

Diese Maßnahmen sind beschleunigt durchzuführen, und darüber hinaus sind jetzt weitere zu ergreifen. Wir benötigen ausreichenden See- und Lufttransportraum, um unsere Streitkräfte rasch und in großer Zahl in jeden Teil der Erde entsenden zu können.

Aber noch wichtiger ist, daß wir imstande sein müssen, in jedes Krisengebiet rechtzeitig Truppenverbände zu schicken, die zusammen mit denen unserer Verbündeten stark genug sind, um unsere Entschlossenheit und Fähigkeit zur Verteidigung unserer Rechte um jeden Preis klarzustellen – und um einem Aggressionsdruck jeglicher Stufe mit Kräften der jeweils benötigten Stufe zu begegnen. Wir wollen einen größeren Spielraum haben als die Wahl zwischen Demütigung und totalem Kernwaffeneinsatz.

Während es im Augenblick unklug ist, solche Verbände in großer Zahl einzuberufen oder ins Ausland zu entsenden, bevor sie benötigt werden, möchte ich jedoch klarstellen, daß ich beabsichtige, im Laufe der Zeit alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß solche Verbände zum richtigen Zeitpunkt eingesetzt werden können, ohne daß hierdurch unser Vermögen beeinträchtigt wird, unseren Verpflichtungen in anderen Gebieten nachzukommen.

Ich werde also in den vor uns liegenden Tagen und Monaten nicht zögern, den Kongreß um weitere Maßnahmen zu ersuchen oder von meinen Befugnissen Gebrauch zu machen, um dieser Bedrohung des Friedens zu begegnen. Alles für die Gewährleistung der Freiheit Erforderliche wird getan werden. Und wenn dies mehr Soldaten, neue Steuern und mehr Kontrollen oder anderweitige neue Vollmachten erfordert wird, so werde ich nicht zögern, um diese nachzusuchen. Die heute vorgeschlagenen Maßnahmen werden ständig überprüft und – sofern erforderlich – geändert werden. Aber genauso wie wir es nicht zulassen werden, daß unsere Politik von Panik bestimmt wird, werden wir es auch nicht zulassen, daß unser Programm von Furcht bestimmt wird, und daher ergreife ich jetzt die folgenden Schritte:

1. Ich werde den Kongreß morgen um zusätzliche Bewilligungen für die bewaffneten Streitkräfte in Höhe von 3.247.000.000 Dollar für das laufende Finanzjahr ersuchen.
2. Um unsere gegenwärtigen Heeresdivisionen aufzufüllen und mehr Soldaten für einen sofortigen Einsatz verfügbar zu haben, werde ich eine Erhöhung der Gesamtstärke der US-Armee von 875.000 auf zirka eine Million Mann beantragen.
3. Ich werde um eine Erhöhung der Stärke der aktiven Marine und der aktiven Luftstreitkräfte um 29.000 respektive 63.000 Mann nachsuchen.
4. Um diesen Mannschaftsbedarf sicherzustellen, werde ich anordnen, daß unsere

Einberufungen in den kommenden Monaten auf das Doppelte und das Dreifache erhöht werden; ich werde den Kongreß um die Vollmacht ersuchen, bestimmte Reserveeinheiten und einzelne Reservisten zum aktiven Dienst einzuberufen und die Dienstzeiten zu verlängern; und ich plane im Rahmen dieser Vollmacht, eine Anzahl von Lufttransportgeschwadern und taktischen Geschwadern der Nationalgarde zum aktiven Dienst einzuberufen, damit wir über die erforderliche Lufttransportkapazität verfügen und den erforderlichen Schutz haben. Andere Reserveeinheiten werden, sobald erforderlich, einberufen werden.

5. Viele Schiffe und Flugzeuge, die schon dazu bestimmt waren, ausrangiert zu werden, werden im Dienst bleiben oder wieder in Dienst gestellt werden, wodurch unsere taktische Luftwaffe und unsere See- und Lufttransport- sowie Unterseebootabwehrkapazität gesteigert wird. Außerdem wird unsere strategische Luftwaffe durch einen Aufschub der Außerdienststellung der B-47-Bomber verstärkt werden.

6. Schließlich werden 1,8 Milliarden Dollar – das ist etwa die Hälfte der Gesamtsumme – für die Beschaffung von nichtnuklearen Waffen, Munition und Ausrüstungen benötigt.

Einzelheiten zu all diesen Forderungen werden dem Kongreß morgen unterbreitet werden. Weitere Schritte werden getan werden, um weiteren Erfordernissen zu genügen. Ähnliche Anstrengungen für die gemeinsame Verteidigung werden zur Zeit mit unseren NATO-Verbündeten erörtert, denn ihre Verpflichtungen und Interessen sind genauso konkret wie unsere eigenen.

Und lassen Sie mich hinzufügen, daß ich mir der Tatsache wohl bewußt bin, daß viele amerikanische Familien die Last dieser Anforderungen tragen werden. Für manchen wird Studium und Karriere unterbrochen werden, Ehemänner und Söhne werden abberufen werden und die Einkommen werden in einigen Fällen geringer werden.

Aber dies sind Lasten, die getragen werden müssen, wenn die Freiheit verteidigt werden soll – schon früher haben die Amerikaner sie bereitwillig getragen – und sie werden sich dieser Aufgabe auch jetzt nicht entziehen.

Wir haben noch eine andere ernste Verantwortung. Die im Raketenzeitalter gegebenen Möglichkeiten eines Atomkrieges zu erkennen, ohne unsere Bürger wissen zu lassen, was sie tun sollen und wohin sie gehen sollen, wenn Bomben fallen, wäre eine Verantwortungslosigkeit. Im Mai habe ich einen neuen Anfang in der Zivilverteidigung versprochen. In der vergangenen Woche habe ich auf Empfehlung des Direktors des Amtes für Zivilverteidigung die grundsätzliche Verantwortung für dieses Programm dem Verteidigungsminister übertragen, um sicherzugehen, daß es mit unseren Anstrengungen zur Heimatverteidigung auf der höchsten zivilen Ebene koordiniert und verwaltet wird. Morgen werde ich den Kongreß um neue Mittel für die folgenden Sofortziele ersuchen: in den bestehenden – öffentlichen oder privaten – Gebäuden Räume auszusuchen und zu bezeichnen, die im Falle eines Angriffes als Schutzkeller gegen radioaktiven Ausfall benutzt werden können; diese Schutzräume mit Lebensmitteln, Wasser, Kästen für Erste Hilfe und anderen für das Überleben unbedingt erforderlichen Dingen auszustatten; ihre Kapazität zu vergrößern; unsere Luftwarn- und Strahlungsmeldesysteme zu verbessern, wozu auch ein neues Hauswarnsystem gehört, das zur Zeit entwickelt wird, und andere Maßnahmen zu treffen, die frühzeitig zur Wirkung gelangen, um Millionen von Menschenleben im Notfalle zu retten.

Im Falle eines Angriffes ist das Leben jener Familien, die nicht von der Spreng- und Hitzewirkung einer Kernwaffenexplosion getroffen werden, dann zu retten, wenn sie aufgrund einer Vorwarnung Schutzräume aufsuchen können und wenn solche

Schutzräume vorhanden sind. Wir sind unseren Familien – und unserem Lande – diese Form der Vorsorge schuldig. Anders als für unsere Freunde in Europa ist für unsere Heimatgestade die Notwendigkeit solcher Schutzvorkehrungen etwas Neues. Jetzt ist es jedoch an der Zeit, damit zu beginnen. In den kommenden Monaten möchte ich jedem Bürger sagen können, welche Schritte er unverzüglich ergreifen sollte, um für den Fall eines Angriffs seine Familie zu schützen. Ich weiß, daß Sie selbst nicht weniger tun würden.

Mit den zusätzlichen 207 Millionen Dollar an Bewilligungen für die Zivilverteidigung erhöhen sich unsere gesamten Neuansforderungen für das Verteidigungsbudget auf 3.453 Millionen Dollar, das sich dann auf insgesamt 47,5 Milliarden Dollar im Jahr stellt. Dies bedeutet eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets um sechs Milliarden Dollar seit Januar und hat nach offiziellen Schätzungen zu einem Haushaltsdefizit von über fünf Milliarden Dollar geführt. Der Finanzminister und andere Wirtschaftsberater haben mir jedoch zugesichert, daß unsere Wirtschaft über die Kapazität verfügt, um diese neuen Anforderungen verkraften zu können.

Wir erholen uns schnell von der Rezession des vergangenen Jahres. Die Zunahme unseres Bruttosozialprodukts gerade im letzten Quartal war größer als in irgendeinem vergleichbaren Zeitraum zu Beginn einer Wiederholung nach dem Kriege. Und trotzdem sind unsere Großhandelspreise tatsächlich niedriger als sie während der Rezession waren und die Verbraucherpreise sind lediglich um ein Viertel Prozent höher als im Oktober vergangenen Jahres.

Praktisch hat in diesem letzten Quartal unsere Produktion erstmalig seit acht Jahren zugenommen, ohne daß gleichzeitig der Gesamtpreisindex anzog. Und zum ersten Male seit Herbst 1959 haben sich unsere Goldreserven erhöht und wird der Dollar im Ausland wieder mehr geachtet. Diese Erfolge, dies muß betont werden, sind bei einem weit geringeren Haushaltsdefizit erreicht worden als während der Rezession des Jahres 1958.

Die verbesserten Aussichten für die Wirtschaft bedeuten auch höhere Einnahmen und ich beabsichtige, dem Kongreß im Januar einen Haushalt für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen, der wirklich ausgeglichen ist. Sollte aber aufgrund der Ereignisse der nächsten Monate eine Erhöhung der Steuern notwendig werden, um einen solchen Ausgleich zu erreichen, oder aufgrund der noch kommenden höheren Verteidigungsausgaben, so werden solche Steuererhöhungen im Januar beantragt werden.

Um indessen sicherzustellen, daß sich das gegenwärtige Defizit in einem erträglichen Rahmen hält, müssen wir alle Ausgaben beschränken, die nicht in den Haushaltsanforderungen stichhaltig begründet sind. Der Luxus unseres derzeitigen Bundespost-Defizits muß aufhören. Die Kosten der militärischen Beschaffung werden genau überprüft werden – und hier wäre ich für die Mitwirkung des Kongresses dankbar. Die von mir angeführten Steuerlücken – bei den Spesenabrechnungen, den Auslandseinkommen, den Dividenden, Zinserträgen, genossenschaftlichen Einkünften usw. – sind zu schließen.

Es ist mir klar, daß keine Maßnahme zur Aufbringung von Haushaltsmitteln den Beifall aller Betroffenen finden wird, aber ich bin sicher, daß jeder Amerikaner bereit ist, seinen angemessenen Beitrag zu zahlen und die Last der Verteidigung der Freiheit nicht ausschließlich jenen zu überlassen, die unter den Waffen stehen. Denn bei diesen Verteidigungsanstrengungen steht unsere ganze Zukunft auf dem Spiel – und wir können uns unserer Verantwortung unmöglich entziehen.

Ich muß jedoch nochmals betonen, daß wir nicht nur zwischen Widerstand und Rückzug, zwischen Atomkatastrophe und Kapitulation zu wählen haben. Militärisch sind wir in Friedenszeiten traditionsgemäß auf Verteidigung eingestellt, doch braucht

das nicht für unsere Diplomatie zu gelten. Wir werden auf die Berlin-Krise keineswegs nur militärisch oder negativ reagieren. Wir werden mehr tun, als nur eine feste Haltung bewahren. Denn wir denken nicht daran, anderen die Auswahl und Monopolisierung des Forums und des Rahmens der Diskussion zu überlassen. Wir denken nicht daran, von unserer Verpflichtung gegenüber der Menschheit, eine friedliche Lösung zu suchen, zurückzutreten.

Als Unterzeichner der UN-Charta werden wir stets bereit sein, internationale Probleme mit jeder und allen Nationen zu erörtern, die bereit sind, vernünftig zu reden und zuzuhören. Wenn sie Vorschläge haben – nicht Forderungen –, werden wir diese anhören. Wenn sie eine echte Verständigung suchen – nicht Konzessionen in bezug auf unsere Rechte –, werden wir mit ihnen zusammenkommen.

Wir haben bereits früher unsere Bereitschaft bekundet, jedwede wirkliche Störungsfaktoren in Westberlin zu beseitigen, aber über die Freiheit dieser Stadt gibt es kein Verhandeln. Wir können nicht mit denen verhandeln, die sagen, "was mir gehört ist mein, und was dir gehört, darüber läßt sich reden". Aber wir sind bereit, jede Vereinbarung oder jeden Vertrag in bezug auf Deutschland zu prüfen, der in Einklang mit der Erhaltung von Frieden und Freiheit steht, sowie mit den legitimen Sicherheitsinteressen aller Nationen.

Wir erkennen die in der Geschichte begründete Besorgnis der Sowjetunion bezüglich ihrer Sicherheit in Mittel- und Osteuropa nach einer Reihe räuberischer Invasionen an – und wir glauben, daß Vereinbarungen ausgearbeitet werden können, die dazu beitragen werden, dieser Besorgnis gerecht zu werden, und die es möglich machen, daß sowohl Sicherheit wie auch Freiheit in diesem Unruhegebiet herrschen.

Denn nicht die Freiheit Berlins ist es, die in dem heutigen Deutschland "anomal" ist, sondern die Situation in diesem gesamten geteilten Lande. Wenn irgend jemand die Legalität unserer Rechte in Berlin anzweifelt, so sind wir bereit, diese einem internationalen Rechtsspruch zu unterwerfen. Wenn irgend jemand Zweifel hegt, in welchem Maße die Bevölkerung Westberlins unsere Anwesenheit wünscht – verglichen mit den Gefühlen, die die Ostdeutschen gegenüber ihrem Regime hegen –, so sind wir bereit, diese Frage zur freien Abstimmung in Berlin und, wenn möglich, dem ganzen deutschen Volk zu stellen. Und lassen Sie uns auch gleichzeitig die zweieinhalb Millionen Flüchtlinge hören, die vor dem kommunistischen Regime in Ostdeutschland geflohen sind und die mit ihren Füßen für die westliche Form der Freiheit gestimmt haben.

Die Welt wird durch den kommunistischen Versuch, Berlin zu einer Brutstätte des Krieges zu stempeln, nicht getäuscht. In Berlin herrscht heute Frieden. Der Ursprung der Unruhe und der Spannungen in der Welt ist Moskau und nicht Berlin. Und sollte ein Krieg beginnen, dann wird er in Moskau und nicht in Berlin begonnen haben.

Denn die Entscheidung für Krieg oder Frieden liegt bei den Sowjets, nicht bei uns. Sie sind es, die diese Krise geschürt haben. Sie sind es, die eine Veränderung zu erzwingen versuchen. Sie sind es, die sich freien Wahlen widersetzt haben, und sie sind es auch, die einen gesamtdeutschen Friedensvertrag und die Bestimmungen des Völkerrechts verworfen haben. Und wie wir Amerikaner aus unserer Geschichte, unserer eigenen alten Grenzerzeit, wissen, sind es die Gesetzesbrecher und nicht die Hüter des Friedens, durch die Schießereien verursacht werden.

Kurzum, während wir bereit sind, unsere Interessen zu verteidigen, werden wir genauso bereit sein, durch besonnenes Sondieren, auf formellen oder informellen Zusammenkünften, nach dem Frieden zu streben. Wir wollen nicht, daß militärische Erwägungen im Denken des Westens oder des Ostens die Oberhand erhalten. Und Herr Chruščev wird vielleicht feststellen müssen, daß seine an andere Nationen gerichtete Einladung, sich einem bedeutungslosen Vertrag anzuschließen, dazu

führt, daß diese ihn einladen, der Gemeinschaft friedlicher Menschen beizutreten, indem er auf Anwendung von Gewalt verzichtet und die Unverletzlichkeit der Abkommen respektiert.

Während alle diese Anstrengungen gemacht werden, dürfen wir uns nicht von unserer Gesamtverantwortung, von anderen Gefahren, von anderen Aufgaben ablenken lassen. Wenn neue Drohungen in Berlin oder sonstwo dazu führen sollten, daß unser Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer geschwächt wird, die ebenfalls einem schweren Druck von der gleichen Seite ausgesetzt sind, oder daß unsere Bemühungen um eine wirkliche Abrüstung eingestellt werden, oder daß unsere Wirtschaft gestört oder die Wirtschaftstätigkeit verlangsamt wird, oder daß die Erziehung unserer Kinder vernachlässigt wird, dann werden diese Drohungen bestimmt die erfolgreichsten und am wenigsten kostspieligen Manöver in der Geschichte des Kommunismus sein. Denn wir können uns alle diese Anstrengungen und noch mehr leisten, aber wir können es uns nicht leisten, dieser Herausforderung nicht zu begegnen.

Und die Herausforderung ist nicht nur gegen uns alleine gerichtet. Diese Herausforderung richtet sich gegen jede Nation, die ihre Souveränität unter einem freiheitlichen System ausübt. Diese Herausforderung richtet sich gegen alle die, die eine Welt der Entscheidungsfreiheit wollen. Diese Herausforderung richtet sich im besonderen gegen die Atlantische Gemeinschaft – das Herzland der menschlichen Freiheit.

Wir im Westen müssen beim Aufbau der militärischen Stärke zusammengehen. Wir müssen einander stärker als bisher konsultieren. Wir müssen unsere Vorschläge für den Frieden zusammen entwerfen und uns gemeinsam anstrengen, wenn sie am Konferenztisch vorgetragen werden, und wir müssen zusammen die Lasten und die Risiken dieser Anstrengung tragen.

Die Atlantische Gemeinschaft, so wie sie vor uns steht, wurde als Reaktion auf Herausforderungen aufgebaut: Das in Europa drohende Chaos im Jahre 1947, die Berliner Blockade im Jahre 1948, die Herausforderung durch die kommunistische Aggression in Korea im Jahre 1950. Jetzt, nach einem einzigartigen Jahrzehnt des Fortschrittes in Stärke und Prosperität dastehend, wird die Atlantische Gemeinschaft weder ihre Geschichte noch die Prinzipien vergessen, die ihr Bedeutung gaben.

Das feierliche Gelöbnis, das jeder von uns Westberlin in Zeiten des Friedens gegeben hat, wird nicht in Zeiten der Gefahr gebrochen werden. Wenn wir unsere Verpflichtungen gegenüber Berlin nicht erfüllen, wo werden wir dann später stehen? Wenn wir hier unserem Wort nicht treu sind, dann wird alles, was wir hinsichtlich der kollektiven Sicherheit, die auf diesen Worten beruht, erreicht haben, nichts bedeuten – und wenn es einen Weg gibt, der vor allen anderen zum Krieg hinführt, dann ist es der Weg der Schwäche und Uneinigkeit.

Heute verläuft die gefährdetete Grenze der Freiheit quer durch das geteilte Berlin. Wir wollen, daß sie eine Friedensgrenze bleibt. Das ist die Hoffnung jedes Bürgers der Atlantischen Gemeinschaft, jedes Bürgers der osteuropäischen Länder und, wie ich zuversichtlich glaube, auch jedes Bürgers der Sowjetunion. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß die Völker Rußlands – die im zweiten Weltkrieg enorme Verluste so tapfer ertrugen – jetzt einen erneuten Bruch des Friedens in Deutschland wünschen sollten. Die sowjetische Regierung allein vermag die Friedensgrenze in Berlin in einen Kriegsvorwand zu verwandeln.

Die von mir heute abend angedeuteten Schritte haben die Vermeidung dieses Krieges zum Ziel. Um alles noch einmal zusammenzufassen: Wir erstreben den Frieden – aber wir werden nicht kapitulieren. Das ist der zentrale Inhalt dieser Krise und der Inhalt unserer Regierungspolitik.

Mit ihrer Hilfe und der Hilfe anderer freier Menschen ist diese Krise zu überwinden. Die Freiheit kann fortbestehen – der Friede kann von Dauer sein.

Ich möchte gerne mit einigen persönlichen Worten schließen. Als ich für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten kandidierte, wußte ich, daß dieses Land vor schweren Aufgaben stand, aber ich konnte nicht ermessen – noch konnte irgend jemand sonst erkennen, der nicht die Bürde dieses Amtes trägt –, wie groß und konstant diese Lasten sein würden.

Dreimal zu meinen Lebzeiten waren unser Land und Europa in größere Kriege verwickelt. In allen diesen Fällen waren schwere Fehlkalkulationen auf beiden Seiten hinsichtlich der Absichten der anderen Seite der Anlaß zu riesigen Zerstörungen. Heute, im thermonuklearen Zeitalter, würde jede Fehlkalkulation auf einer Seite hinsichtlich der Absichten der anderen Seite in wenigen Stunden mehr Vernichtung über uns bringen als alle Kriege in der Geschichte der Menschheit zusammen.

So werde ich als Präsident und als Oberbefehlshaber – da wir Amerikaner gegenwärtig eine schwere Zeit durchmachen – diese Verantwortung, die mir unsere Verfassung auferlegt, in den kommenden dreieinhalb Jahren tragen. Aber ich bin sicher, daß wir alle – ohne Rücksicht auf unseren Beruf – unser Bestes für unser Land und unsere Sache tun werden. Denn wir alle wollen, daß unsere Kinder in einem Lande, in dem der Friede herrscht, und in einer Welt, in der die Freiheit fortbesteht, aufwachsen.

Ich weiß, daß wir zuweilen ungeduldig werden. Es gelüstet uns nach einer irgendwie sofortigen Aktion, die den uns drohenden Gefahren ein Ende bereitet. Aber ich muß Ihnen sagen, daß es keine schnelle und leichte Lösung gibt. Die Kommunisten haben die Kontrolle über eine Milliarde Menschen, und sie wissen, daß – falls wir fallen sollten – der Erfolg ihnen unmittelbar zufallen muß. Wir müssen uns auf lange Frist vorbereiten, auf Tage, die – wenn wir mutig und standhaft sind – uns das bringen können, was wir alle erwünschen. Für diese Tage und Wochen bitte ich um Ihre Hilfe und Ihren Rat. Ich bitte um Ihre Vorschläge, wenn Sie der Ansicht sind, daß wir etwas besser machen könnten. Wir alle, das weiß ich, lieben unser Land und werden unser Bestes tun, um ihm zu dienen. Um meine Aufgaben und Verantwortungen als Präsident in diesen kommenden Monaten erfüllen zu können, brauche ich Ihren guten Willen und Ihre Unterstützung und vor allem aber Ihr Gebet. Hier nach: 25. Juli 1961: Rundfunk- und Fernsehansprache des Präsidenten Kennedy, Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/6 (1961), S. 1349-1356.

Faksimile

Die 16 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Quelle: Hier nach: The Berlin Crisis. Report to the Nation by President Kennedy, in: Department of State Bulletin., Vol. XLV, No. 1155, 14. August 1961, S. 267-273.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0141_ken.pdf

Datum: 21. September 2011 um 06:46:15 Uhr CEST.

© BSB München
